## **Dokumentation**

## DDR-Initiativen auf der 41. Tagung der UN-Vollversammlung

Auf der 41. Tagung der UN-Vollversammlung konnten bedeutende Ergebnisse im Interesse der Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, des Dialogs und der Zusammenarbeit der Staaten erzielt werden. Dabei stand die Lösung der globalen vor der Menschheit stehenden Fragen, die Bannung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges durch effektive Maßnahmen auf den Gebieten von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf nuklearem Gebiet, die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums, die Stärkung der internationalen Sicherheit auf politischem, militärischem, ökonomischem und humanitärem Gebiet, die friedliche Regelung von Konflikten, die Beseitigung von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid sowie die Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Staatenforums. Mit überwältigender Mehrheit wurden die zu diesen Problemen erarbeiteten Resolutionen angenommen.

Die sozialistischen Staaten haben mit ihrem aktiven Auftreten und im Zusammenwirken mit nichtpaktgebundenen Staaten einen wichtigen Beitrag geleistet, um den Hochrüstungs- und Konfrontationskurs der imperialistischen Hauptländer zu entlarven und zurückzudrängen.

Besondere Bedeutung erlangt in diesem Zusammenhang die von den sozialistischen Staaten initiierte und mit überwältigender Mehrheit angenommene Resolution 41/92 zum umfassenden System des Friedens und der internationalen Sicherheit, die eine verstärkte Debatte zu sicherheitspolitischen Fragen bewirkte und ein neues, komplexes Herangehen an alle Aspekte dieser Problematik andeutete.

Die DDR hat 10 eigene Resolutionen initiiert, von denen zwei mit analogen Entwürfen Argentiniens bzw. der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vereinigt werden konnten. An weiteren 51 Resolutionen (dabei u. a. zum umfassenden Sicherheitssystem) war die DDR als Koautor beteiligt.

Die sozialistischen Staaten stimmten gegen keine der 65 vorgelegten Abrüstungsresolutionen. Die USA verweigerten demgegenüber 35 Abrüstungsresolutionen ihre Zustimmung, davon siebenmal als einziger Staat. Insgesamt votierten sie nur für 16,2 Prozent der zur Abstimmung gestellten Resolutionen.

Nachstehend veröffentlichen wir eine Übersicht über die 10 von der DDR initiierten Resolutionen.

| Nummer der<br>Resolution | Bezeichnung der<br>Resolution   | Abst immungsergeb nis*        |      |            | Gegenstimmen  |
|--------------------------|---|-------------------------------|------|------------|---|
|                          |   | Ja                            | Nein | Enthaltung |   |
| 41/91                    | Notwendigkeit eines ergebnisorien-<br>tierten politischen Dialogs <sup>1</sup>              | 117                           | 1    | 33         | USA   |
| 11/86 B                  | Nichterstanwendung von Kernwaffen <sup>2</sup>  | 118                           | 17   | 10         | USA, BRD, Großbritannien,<br>Frankreich u. a.         |
| 41/86 F                  | Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung (mit Argentinien) <sup>3</sup> | 130                           | 15   | 5          | USA, BRD, Großbritannien,<br>Frankreich u. a.         |
| 41/58 B                  | Verbot chemischer und bakteriologi-<br>scher Waffen <sup>4</sup>                            | 110                           | 11   | 43         | USA, BRD, Großbritannien,<br>Frankreich u. a.         |
| 41/86 O                  | Intensivierung der Abrüstungsverhand-<br>lungen (mit SFRJ) <sup>5</sup>                     | 135                           | 13   | 5          | USA, BRD, Großbritannien,<br>Frankreich, Israel u. a. |
| 41/103                   | Status der Antiapartheid-Konvention   | 128                           | . 1  | 27         | USA   |
| 41/1,09                  | Teilnahme der Frauen an der Förderung des Friedens  | ohne Abstimmung<br>angenommen |      |            |   |
| 41/117                   | Unteilbarkeit und wechselseitige Ab-<br>hängigkeit der Menschenrechte                       | 129                           | 1    | 25         | USA   |
| 41/160                   | Maßnahmen gegen neofaschistische<br>Aktivitäten   | ohne Abstimmung<br>angenommen |      |            |   |
| 41/174                   | Einheitliches Herangehen an die Analyse und Planung der Entwicklung                         | ohne Abstimmung<br>angenommen |      |            | ,   |

- \* Die unterschiedlichen Gesamtzahlen ergeben sich daraus, daß aus verschiedenen Gründen bei den Abstimmungen nicht alle Staaten teilnehmen.
- 1 Die Resolution fordert dazu auf, im Interesse der Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit den politischen Dialog und Verhandlungen in gutem Glauben unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Staaten ergebnisorientiert zu führen. Damit wurde der Erkenntnis Rechnung getragen, daß es im nuklear-kosmischen Zeitalter zur Politik des Dialogs keine vernünftige Alternative gibt.
- 2 Die Resolution verweist auf den Aufruf der nichtpaktgebundenen Staaten in Harare an die Kernwaffenmächte, eine verbindliche Verpflichtung über den Nichtersteinsatz von Kernwaffen zu übernehmen, und fordert die anderen Kernwaffenstaaten auf, ebenso wie die UdSSR und die VR China entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Sie beauftragt die Abrüstungskonferenz, ein internationales Dokument auszuarbeiten, das eine Verpflichtung zur Nichterstanwendung enthält.
- 3 In der erstmals mit einem argentinischen Projekt vereinigten Resolution wird die Abrüstungskonferenz aufgefordert, ein Komitee einzusetzen, um Empfehlungen für praktische Maßnahmen zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens zu erarbeiten.
- 4 Die Resolution begrüßt die Initiative zur Schaffung von chemiewaffenfreien Zonen in verschiedenen Regionen und fordert die Abrüstungskonferenz auf, die Verhandlungen mit dem Ziel zu intensivieren, der 42. Tagung der UN-Vollversammlung einen Konventionsentwurf zum vollständigen Verbot der chemischen Waffen vorzulegen.
- 5 Die Resolution fordert u. a. die Abrüstungskonferenz auf, Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung, zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges, zur Verhinderung einer Militarisierung des Weltraumes sowie über einen Kernwaffenteststopp zu intensivieren.

(Ausgearbeitet von Peter Vogel, Berlin)